

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Nr.: Volkszeitung Wiesbaden

Freitag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedhofstraße 90. Zwei-Geldstücke in der Reich (Dito Eisen), Marktstraße 9 und Elms (D. Fabrik) Witten, Ecke Gutenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Herr Politik und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Gucke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eitelmann. Druck: für Geschäftsbesitzer und den Anzeigen: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

27
Juni

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.20 Mk., für den Monat 1.40 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.47 Mk., monatlich 1.49 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Einzelnenpreis: 25 Pfg. für die kleine Zeit, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Reklamemittel 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entp. Nachlag. Schluss der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postfachamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Die Zukunft der Rheinlande

von Versailles, 25. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, hat heute folgende Note an den Gesandten v. Daniel gerichtet: Herr Vorsitzender! Ich bin Ihnen den Empfang Ihrer Mitteilung vom 24. Juni betreffend das Abkommen bezüglich der militärischen Befestigung des rheinischen Gebietes dankbar, welche ich mich Ihnen in Erinnerung zu bringen, doch trotz des Artikels 432 der von der deutschen Regierung ausgedrückt angenommenen Friedensbedingungen Deutschland jetzt schon die Pflicht hat, den Inhalt dieses Abkommens zu beobachten. Es ist demnach nicht statthaft, die beabsichtigte Verhandlung zu eröffnen, und die Urkunde, um die es sich handelt, muß gleichzeitig mit dem Vertrag unterzeichnet werden. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung. (Ges.) Clemenceau

* Den Rheinländern war für Stunden Heil widerfahren. Gesandter v. Daniel hatte bei der Entente angefragt, wann die Verhandlungen über ein Abkommen betr. die Befestigung des rheinischen Gebietes beginnen könnten. Es schien also, als ob die Regierung jetzt wirklich daran gehen wollte, auch einmal etwas für das besetzte Gebiet des Westens zu tun. Bisher hatte man keine Zeit, sich um die bedrohliche Lage zu kümmern. Das mag vielleicht daher rühren, daß man in Berlin und Weimar über die wirtschaftlichen Verhältnisse am Rhein nicht allzuviel orientiert ist. In Berlin kennt man sich ja nicht einmal in der Geographie des Westens aus. Ist man doch in dem Wasserlosse beispielsweise der Meinung gewesen, daß der Kreis Montabaur nicht zum Brückenkopf Coblenz, sondern zum Brückenkopf Mainz gehöre. Und weil man halt dieser Meinung war, so sandte man das Brotgetreide für Montabaur an eine ganz falsche Stelle. Was zur Folge hatte, daß dieser Teil des Westertales längere Zeit kein Brot haben konnte. Wenn so etwas möglich ist, dann dürfen wir uns über vieles nicht mehr wundern. In der Frage der rheinischen Republik ist man dagegen sehr energisch aufgetreten. Wer sich für eine Rheinische Republik ausspricht, setzt sich der Gefahr aus, daß er wegen Hochverrats mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird. Vertreter des Rheinlandes waren bekanntlich in Versailles bei dem Grafen Brodorski-Glanbach. Ein Teilnehmer hat uns die Vorgänge geschildert. Graf Brodorski-Glanbach legte mit seinem Ministerialdirektor Simonis eindringlich dar, wie notwendig die Gründung eines Selbstständigen oder Rheinischen Staates im Verbands des Deutschen Reiches sei. Sie gaben zu verstehen, daß auch die Reichsregierung in ihrer Weisheit für den neuen Staat eintreten würde. Wenige Tage darauf vertrat ein anderer Reichsminister die Vertreter verschiedener Organisationen des Westens dahin zu bearbeiten, daß eine Agitation gegen die Rheinische Republik, nicht etwa gegen diese oder jene Gründung, sondern gegen einen neuen Staat überhaupt eingeleitet würde, was indes abgelehnt wurde. Wie man sieht, ist in Berlin und anderwärts für den Westen doch manches getan worden, es fragt sich nur, ob dieses Tun gut und konsequent gewesen ist.

Jetzt wurden von deutscher Seite Verhandlungen über ein Abkommen angeregt. In dem Vertragentwurf der Verbändemächte wird nicht von der rheinischen, sondern von der deutschen oder gar oberdeutschen Zentralregierung gesprochen, sondern nur von der deutschen. Die Presse Frankreichs hat darauf hingewiesen, daß hierfür die bekannten Gründe maßgebend gewesen seien. Eine preussische Behörde wird es demnach in unserem Gebiet überhaupt nicht mehr geben, sondern nur eine deutsche. Damit sind die Verwaltungsverhältnisse völlig auf den Kopf gestellt. Daraus ergeben sich Möglichkeiten und Entwicklungen, die wir für unseren Teil längst kommen haben. Die „Rheinische Volkszeitung“ hat völlig recht, wenn sie bei der Besprechung des Vertragsentwurfes über das besetzte Gebiet erklärt: „Der im vorigen Sommer und Herbst französische Besatzungen los und Gelassenheit hatte, mit französischer Politik zu sprechen, konnte nicht im mindesten mehr im Zweifel sein über das politische Schicksal, das den Rheinländern im Friedensvertrag drohen werde. Nur dadurch, daß die Rheinländer ihr Geschick rathlos und entschlossen selbst in die Hand nahmen, konnte das Verhängnis abgewandt werden. Doch weder die Berliner Regierung, noch die Volksvertretungen in Weimar und Berlin haben im ganzen das mindeste Verständnis für die Lage des rheinischen Volkes gezeigt. Bisher Egoismus und Parteileidenschaft haben ihnen den klaren Blick getrübt und ihr Urteil über die wirklichen Verhältnisse im Westen unseres Vaterlandes geblendet. Männer, die in besserer Liebe zu ihrer rheinischen und deutschen Heimat durch die schleunige Errichtung eines rheinischen Gliedstaates im Verbands des Deutschen Reiches das Rheinland vor den Klir zu erkennen Gelassenheit zu retten suchten, wurden von Berlinern und Großpreußen als Hochverräter belächelt und ihre Namen monatlang durch die Gasse geschleift.“ So schreibt die „Rheinische Volkszeitung“ und sie trifft in der Tat den Nagel auf den Kopf. Mittlerweile freilich hat man in Berlin eingesehen, daß jetzt gehandelt werden muß. Wer den Vertragsentwurf durchsieht, wer vor allem berücksichtigt, daß die Errichtung eines Gliedstaates gegen das übrige Deutschland vorgeht, ist, muß endlich klar sehen, auf welche Weise ein Ausweg zu

finden ist. Die „Rheinische Volkszeitung“ befürchtet, daß es heute zu spät und daß wir durch die blöde Parteileidenschaft festungstoll preisgegeben seien, eine Auffassung, die hoffentlich nicht zutreffen wird.

Im Auftrage der Entente hat Clemenceau abgelehnt. Die deutsche Regierung glaubt Verhandlungen über ein Abkommen noch immer mit Noten erreichen zu können. Als Daniel sein Schreiben absandte, hätten wir ihm noch als dem, was vorausgegangen, sagen können, daß die Antwort so und nicht anders lauten würde. Die Betroffenen und die Leidtragenden sind die Bewohner des Westens, die infolge des unerhörten Verhaltens der Berliner Regierung ihres Einflusses völlig beraubt werden. Werkt das Reichsministerium immer noch nicht, daß ein anderer Weg beschritten werden muß? Jener Weg nämlich, der dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Die Volksabstimmung wird von der Mehrheit verlangt, um auf diese Weise den eigenen Bundesstaat zu bekommen. Denn das wissen wir: Wenn wir uns in den nächsten Jahren nicht selber helfen, von Berlin kommt nicht die geringste Hilfe. Ein Reichsminister mit sieben Beigeordneten kann nicht das Geringste leisten. Was gedenkt jetzt die Reichsregierung zu tun? Darauf möchten wir endlich einmal eine klare unabweisende Antwort haben. Die notwendigste eintretende Entwicklung hat uns immer wieder veranlaßt, während unsere Stimme zu erheben und rechtzeitig genug die Tat zu verlangen. Was jetzt eingetreten ist, gibt unsere Auffassung völlig Recht, was weiter eintreten wird, haben wir an dieser Stelle mehr als einmal betont. Janakismus und blöde Parteileidenschaft wollten die Dinge nicht sehen. Jetzt liegen die beiden Möglichkeiten klar vor jedermanns Auge. Das besetzte Gebiet wird entweder von der Entente für die Zeit der Befassung regiert oder aber wir bekommen eine eigene Verwaltung und ein eigenes Parlament, die Hand in Hand mit der Befehlshaberbehörde zu arbeiten haben. Wer hat Recht gehabt? Wir, die die Neuordnung der Dinge vor dem Friedensschluß forderten, oder jene, welche die Gründung des Staates einer späteren Zeit vorbehalten wollten? Trotz alledem wollen wir hoffen, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Statthalter Sollmann

In rheinischen Blättern finden wir einen Artikel über den „Statthalter Sollmann“. Wenn die Befugnisse dieses Herrn auch nicht bis in unsere engeren Kreise reichen werden, so ist es doch wichtig, das Urteil des Rheinlandes über die Berliner Regierung zu hören. In dem Artikel heißt es: Die Rheinlande haben es jetzt endlich weit genug gebracht. Sie brauchen jetzt eigentlich keine Bundesstaatliche Selbständigkeit mehr, die sie haben jetzt einen eigenen Herrscher, einen, der sie wie kein eigenes Land behandelt, nämlich den roten Kölner Abgeordneten Sollmann. Dieses große Glück kam uns aber auf folgende Weise. Wir bestanden mit Recht über eine Verabschiedung von Sollmann in Fragen der Ernährung. Der Tag um diese unsere Klagen hörten aber die im min. denen. Das kammerte diese Leute traurige Tage der Befestigung, ihnen traditionell abgibt und nur als Ausbrennungsobjekt in den Rheinländern! Da wurden sie auf einmal durch Selbständigkeitsbestrebungen aufgeweckt, ganz besonders nach der Ausrufung der Rheinischen Republik am 1. Juni. Jetzt mußte etwas geschehen, aber am Gotteswillen nicht für diese Rheinländer, sondern gegen sie, gegen die begonnene rheinische Befreiung vom Berliner Joch. Recht geschieht heute allerdings die Strafmaßnahme gegen die bösen Rheinländer eingeleitet und durchgeführt werden, man wachte ihnen in einer raffinierten Manier beikommen, denn sonst könnten selbst die Rheinländer klug sein werden.

Gedacht, getan! Was lag näher, als einen sogenannten Reichskommissar nach den Rheinlanden zu schicken, dem man nach einem hin den Amtsauftrag gab, die Interessen der besetzten Gebiete zu vertreten, der aber in Wirklichkeit die Interessen Berlins gegen die Rheinlande zu vertreten hatte? Für diese Rolle fanden die zu Berlin aus dem Reichsministerium, denn in der ganzen sogenannten Reichskommission sitzen doch fünf Gegner des rheinischen Bundesstaates und nur zwei Anhänger. Letztere werden also bei jeder Gelegenheit glatt überhört, ihr Platz in der Kommission hat keine, aber auch keine Bedeutung.

Wenn ich eben als Reichskommissar, also als die Spitze der Kommission den Herrn v. Staudt nenne, so genügt das zur Kennzeichnung der neuen Berliner Satrapie in den Rheinlanden noch lange nicht. Selbst die Dienstfähigkeit v. Staudts hat den Berliner für die Anweisung der Rheinlande noch nicht hinreichend, deshalb ist er auch nur als Scheinheil, als Strohmännchen, der wirkliche Hauptling in der Kölner Sozialdemokratie Sollmann. Nur, wer wie ich Gelegenheit hatte, das Treiben dieses Mannes seit dem 9. November kennen zu lernen, der wie ich und über auch noch viele andere) weiß, daß er und zwar er allein, seit vielen Monaten der allmächtige Vertrauensmann Berlins im Kampfe gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der Rheinlande ist, der kann recht verstehen, wie es geradezu selbstverständliche Stellung

Sollmann in der neuen Kommission hat. Er, und nur er allein ist der Dirigent in der sogenannten Reichskommission in den Rheinlanden. v. Staudt und die übrigen Mitglieder, soweit sie auf ihre neuen Pflichten angewiesen sind, zittern vor ihm, denn er ist heute auch die höchste Beamten im Rheinland ein und ab. Vor Sollmann sitzt der Oberpräsident der Rheinprovinz, vor ihm alterten die Regierungsräte, die Kommande, die Kreisdirektoren und Regierungsämter, vor ihm alterten auch die höheren Polizeibeamten, denn er kann sie von heute auf morgen um ihren Posten bringen. Mittel und Wege dafür stehen ihm, das weiß jeder Mann, trotz der Befehlshaber noch abernung an Gebote.

In Wirklichkeit hat Sollmann genau dieselbe Gewalt wie einst der Statthalter in Elsass-Lothringen, und er wird sie auch so ausüben. Die Zukunft wird das auch dem bravesten „Reagen“ zeigen. So tief wie heute sind die Rheinlande noch niemals unter die Fustel Berlins geraten. Wird das Rheinland diese rote Tyrannis, die gar bald ein Angeber- und Verfallungslokal ist, in welcher Sorte ausbauen wird, ruhig ertragen? Werden seine „Reagen“ weiter ruhig zusehen, wie Sollmann auf durchaus legalen Wege (denn alles, was er tut, geschieht auf Berlin's Geheiß, ist also legal) die Rheinlande zugrunde richtet? Sollmann führt uns, wenn die „Reagen“ ihn „legal“ heißen, herrlichen Zeiten entgegen. Vielleicht kommt dann endlich auch die Zeit, wo die Rheinländer Sollmann samt seinen „Reagen“ zum Teufel jagen werden.

Die Unterzeichner

von Berlin, 26. Juni. Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Voss haben sich auf einstimmiges Ersuchen der Reichsregierung ent-

Aufbruch, Streiks und Plünderung

In Hamburg

Hamburg, 25. Juni. Alle Regierungsgebäude sind durch die Kuffandischen besetzt. Ein militärischer Eingriff ist im Augenblick nicht möglich, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Im Rathaus hat sich ein Ratsserrat gebildet, der die Regierungsgewalt über Hamburg ausübt. Das Gefängnis wurde gesäubert und politische Gefangene befreit und alle Justizakten verbrannt. Seitens der Kuffandischen sind um das Gefängnis Gefährde aufgetrieben. Die Eisenbahnstationen im Innern der Stadt sind von dem Verkehr gesperrt. Nach Berlin ist die Verbindung vorläufig noch unterbrochen. Der Hauptbahnhof wurde besetzt. Einzelne Angehörige der Reichswehr sind ermordet worden. Die Kämpfe haben auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert, zumal die Sozialisten über eine Anzahl Gefangene verfügen. Wie wir von unabhängiger Seite erfahren, befindet sich auch die militärische Gewalt in Händen der Kuffandischen und der Vertreter der Hamburger organisierten Arbeiterschaft. Die politische Gewalt wird ebenfalls von der Kuffandischen gemeinsam mit den Betriebsräten der organisierten Arbeiterschaft gehandhabt. An der Spitze dieser Gewalt steht die Arbeiterkommission der Betriebsräte gemeinsam mit den zwei sozialdemokratischen Parteien. Die Unruhen haben sich im Laufe des Nachmittags immer mehr verschärft, nachdem in den frühen Morgenstunden unter der Bevölkerung Waffen verteilt worden waren. In der vergangenen Nacht wurde gegen 10 Uhr gepöbelt. Alle elektrischen Gaslaternen waren erloschen. Es wurde eine große Zahl von Goldwaren, Lebensmitteln und Zigarettengeschäften ausgeplündert. Das Rathaus und die umliegenden Straßen sind stark mitgenommen. In Altona wurde heute vormittag nochmals das Strafgerichtsgebäude hauptsächlich unter Führung einer Anzahl der gestern besetzten Schwerverbrecher gestürmt und nach Altona durchsucht. Die Zahl der Toten in den letzten Tagen wird heute auf etwa 20, die der Verwundeten auf 150 bis 200 geschätzt. Es ist vorläufig keine Autorität und keine disziplinierte Organisation vorhanden, die für die Sicherheit der in den Häfen befindlichen Lebensmittelstoffe und für die Lebensbedürfnisse der Hamburger Gewähr bietet. Die Gewalt liegt in Wirklichkeit bei den Unabhängigen und Kommunisten. Jetzt wird zwischen den einzelnen Faktoren der Gewaltverhältnisse verhandelt. Die Reichswehrtruppen des 9. Armee-Korps in Schwerin usw. waren schon gestern alarmiert und wurden teilweise über Lübeck in das Hamburgische Gebiet gebracht.

In Berlin

Berlin, 26. Juni. Die Unruhen in Hamburg stellen sich als ein Teil großangelegter Aufstandsversuche dar, die über ganz Deutschland vorbereitend waren. In Hamburg ist jedoch den Führern die Führung zu schwach aus den Händen gegliedert. Weder die Hamburger Bevölkerung weiß, wozu sie gebraucht werden sollte, noch die Mitglieder der Arbeiterkommission; die eigentliche Leitung hält sich im Hintergrunde. So ist Hamburg das Opfer eines politischen Planes geworden. Es sollen bisher 40 Tote und eine entsprechende Anzahl von Verwundeten festgestellt worden sein.

Berlin, 26. Juni. In dem Eisenbahnerstreik meldet die „Rheinische Zeitung“ u. a.: Die Arbeiter der Haupt- und Betriebswerkstätten Grunewald haben die Arbeit niedergelegt. Es sind dies etwa drei- bis viertausend Mann. Gegenüber haben auf den Bahnhöfen Nieder-Schönweide und Reinickendorf die gestrigen ausfindigen Arbeiter heute die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Berliner Fernbahnhöfen ist mit Ausnahme des Hülshorfer Bahnhofs der Zugverkehr fast plan-

geschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Not und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und schwersten persönlichen Opfer nicht entziehen zu können.

Unterzeichnung am Samstag

von Versailles, 26. Juni. Der Oberste Rat der Alliierten hat, einer Mitteilung des „Temps“ zufolge, beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Samstag, den 28. Juni, 8 Uhr nachmittags, festzusetzen. Die Vollmacht der deutschen Delegation wird am Samstag vormittag veröffentlicht werden. — Wie der „Temps“ meldet, ist es wenig wahrscheinlich, daß Vincors der Liebererzeugung des Friedensvertrages beizubringen wird. — Die Regierung beschloß, eine Siegesfeier am 14. Juli anlässlich des Nationalfestes abzuhalten. Das Programm für die Feier wird demnächst festgelegt.

General Hoffmann

von Berlin, 26. Juni. Von ungenauem Charakter wurde berichtet, daß die Ostfront zum Kampfe entschlossen sei, und daß General Hoffmann, wenn auch gegen den Willen der Regierung, jeden Fußbreit deutschen Landes gegen die Polen verteidigen würde.

Es wurde bereits festgestellt, daß die Regierung unter allen Umständen darauf bestehen wird, die von ihr selbstständig angekündigte Erklärung des Friedensvertrages nicht durch willkürliche Maßnahmen irgendwelcher Stelle gefährdet zu sehen. General Hoffmann ist inzwischen zur Disposition gestellt worden.

In Frankfurt a. O. Nachdem bereits in den letzten Morgenstunden auf dem Ost- und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, ging der Wob am gestrigen Abend im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen zu schweren Ausschreitungen über. Er zog vor das Gefängnis und befreite sämtliche Gefangene, darunter einen Mörder. In der Stadt plünderte die Menge eine größere Zahl Läden und Warenhäuser, mehrere Restaurants und Kaffees. Als die Regierungstruppen einschritten, war ein großer Teil des Unheils schon geschehen. Auf dem Marktplatz sind zahlreiche Läden, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte, geplündert und zerstört. Der Schaden ist vorerst noch unübersehbar. Es scheint, daß ortsfremde Elemente bei den Ausschreitungen die Führung übernommen hätten. Von Menschenverlusten ist bisher noch nichts bekannt.

In Landsberg an der Warthe Landsberg (Warthe), 26. Juni. In der letzten Nacht kam es zu schweren Unruhen. Nachdem sich Menschenmassen auf dem Markt gesammelt hatten, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren, wurde zur Plünderung des Proviantamtes aufgehetzt. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Warthe gelegenen Proviantamt, entvassierte die Wachen, schlug die Türen ein und begann das Proviantamt zu plündern. Die aufgebotene Polizei und Feuerweh war machtlos. Eine Abteilung des Feld-Artillerieregiments Nr. 54 mußte bald die Wachen strecken. Das ganze Proviantamt wurde zerstört ausgeplündert. Der Schaden beträgt weit über eine halbe Million. In den Morgenstunden zog die Menge dann in den Stadtbogen, die von der Stadt zur Lebensmittel- und Lebensmittelverteilung verwandt werden. Auch dort wurde eingebrochen und geplündert. Futtervorräte, Schmalz und Fett wurden geraubt. Heute vormittag ist die Plünderung im Proviantamt noch in vollem Gange. Der Hafer wird in ungeordneter Weise weggeführt. Das gesamte Vorratssystem ist zerstört. Militärische Hilfe konnte bisher noch nicht herangeführt werden. Die Wachen sind von der Menge gestürzt worden, so daß Landsberg mittags ohne Brot ist. Für die Nachmittags sind weitere schwere Unruhen zu erwarten.

In Göttingen Göttingen, 26. Juni. In einer gestern nachmittags in der Stadthalle abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Göttingen und Umgebung wurde einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Der Verkehr der deutschen Bahnen ist daher eingestellt. Die Gründe für den Streik sind in der Hauptsache die gleichen wie in Breslau.

